

Seniorenpolitische Vorschläge des Netzwerks Leben im Alter in der EKHN – Landtagswahl 2018

Seniorenpolitik ist wichtiger Teil der Generationenpolitik

Alten- bzw. Seniorenpolitik wird in Ländern und Kommunen umgesetzt, sie beschränkt sich nicht nur auf präventive Sozial- und Gesundheitspolitik sondern ist als Querschnittsaufgabe der verschiedenen Politikbereiche zu betrachten. So geht es angesichts der demografischen Veränderungen, die auch in Hessen wirksam sind, um Infrastruktur, um Mobilität, um Wohnen, um Wirtschaftsfragen und Nutzerfreundlichkeit bei der Einführung neue Technologien. Die landespolitische Betrachtung der Lebensphase Alter in Hessen kann sich nicht – wie bisher - auf die Themen Pflege und Engagementförderung alter Menschen beschränken. Aktuell zeigt sich nachrangige Bedeutung des Alters beim Projekt „Hessen hat Familiensinn“.

Das „Netzwerk Leben im Alter in der EKHN“ erwartet, dass sich die Landespolitik künftig intensiver damit befasst, wie tragfähige vernetzte Altenhilfestruckturen in den Kommunen befördert und durch Schaffung entsprechender rechtlich und finanziell notwendiger Handlungsspielräume finanziert werden können. Es fordert die Kandidaten der Parteien dazu auf, zu erklären, wie sie mit den Folgen der Vernachlässigung der Altenpolitik durch die Landespolitik umgehen wollen und wie sie zu den Empfehlungen des 7. Altenberichts der Bundesregierung „Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften“ stehen.

Im Hinblick auf die weiter steigende Zahl alter Menschen ist ein sektorenübergreifender Ansatz seniorenpolitischer Konzepte nötig. Nachfolgende Stichworte (unterteilt in 5 Kategorien) sollen die Notwendigkeiten entsprechender Entwicklungsansätze für Hessen konkretisieren.

Alter(n)sgerechte Infrastruktur

- Einkaufsmöglichkeiten zur Nahversorgung im Wohnumfeld erhalten, schaffen bzw. organisieren
- mobilitätsfördernde Verkehrsinfrastruktur entwickeln
- generationenübergreifende öffentliche Treffpunkte bzw. Begegnungsorte fördern
- für barrierefreie und sichere öffentliche Räume und Gebäude sorgen
- inner- und intergenerative Erholungs- und Freizeitmöglichkeiten fördern

Wohnen

- neuen, altersgerechten, bezahlbaren Wohnraum fördern
- Wohnraumanpassung im Bestandswohnen unterstützen
- Konzepte und Finanzierungsanreize zu technikunterstütztem Wohnen im Alter entwickeln und fördern
- Betreutes Wohnen analog und digital ermöglichen
- Formen gemeinschaftlichen Wohnens anregen und fördern
- ambulant betreute Wohngruppen für pflegebedürftige Menschen ausbauen

Armut

- das Alterssicherungssystem umbauen, um die aktuellen Folgen unterbrochener Erwerbsbiographien und niedriger Erwerbseinkommen zu minimieren
- gesetzliche Rente stärken statt auf private Vorsorge zu setzen
- Niedriglohnsektor eindämmen und Frauenberufe aufwerten
- geschlechtergerechte Verteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit fördern

Benachteiligung

- Teilhabemöglichkeiten von Rentner*innen mit Grundsicherung bzw. kleinen Renten im Hinblick auf soziale Maßnahmen stärken
- Versorgungs- und Unterstützungsoptionen für Lebenslagen alleinlebender alter Menschen mit Hilfe- und Pflegebedarf verbessern
- Hilfesystem für Lebenslagen von altgewordenen Migrant*innen sensibilisieren und Zugangsbarrieren beseitigen
- Exklusion alter (N)Onliner verhindern / Bildungsbezogene Barrieren für den Zugang zu neuen Technologien reduzieren

Gesundheit und Prävention

- Zugänge zu ambulanter medizinischer Versorgung auf dem Land ermöglichen und erhalten
- Entwicklung und Verbreitung altersbezogener präventiver Angebote im Rahmen der Gesundheitsförderung unterstützen
- soziale Unterstützung in kritischen Lebenslagen des Alters wohnortnah gewährleisten
- Präventive Hausbesuche für alte Menschen in Kooperation von Kommunen, Wohlfahrtsverbänden und Kirchen entwickeln und einführen